



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

2010/2010(INI)

2.7.2010

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

zur Weiterentwicklung des Beschäftigungspotenzials einer neuen, nachhaltigen Wirtschaft
(2010/2010(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Britta Thomsen

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter ersucht den federführenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass die Umstellung auf ein neues Wirtschaftssystem nicht als Vorwand zum Abbau verschiedener Gleichstellungsmaßnahmen genutzt, sondern als eine einzigartige Gelegenheit zur Steigerung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt der Union gesehen werden sollte, da dies eine Vorbedingung für die Gewährleistung nachhaltigen Wachstums und die Erfüllung der Forderungen nach einem ökologischen Wandel in einer alternden Gesellschaft ist,
 - B. in der Erwägung, dass der Übergang zu einer neuen nachhaltigen Wirtschaft nicht als Vorwand dienen sollte, um die am meisten gefährdeten und am wenigsten qualifizierten Arbeitnehmer vom Arbeitsmarkt zu verdrängen; in der Erwägung, dass daher der „Cream-Skimming-Effekt“ (Abschöpfung der Besten) vermieden werden muss, da ihm die am wenigsten qualifizierten Arbeitnehmer als erste zum Opfer fallen würden,
 - C. in der Erwägung, dass neueren Studien zufolge Frauen auf allen Entscheidungsebenen vor allem aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für Unternehmen einen Mehrwert darstellen,
 - D. in der Erwägung, dass Hochschulabsolventen innerhalb der EU mehrheitlich weiblich sind und Frauen in den Studiengängen Wirtschaft, Management und Jura die Mehrheit darstellen, sie aber in Führungspositionen in Unternehmen und in der Verwaltung weiterhin unterrepräsentiert sind;
 - E. in der Erwägung, dass Frauen vor allem aufgrund von im Bildungswesen und in der Gesellschaft bestehender sexistischer Stereotype in den zu Unrecht als „männlich“ angesehenen Branchen wie Informatik, Ingenieurwesen, Physik und technische Berufe, z.B. Maschinenbau und Bauwesen, unterrepräsentiert sind,
 - F. in der Erwägung, dass sich in einer alternden Gesellschaft mit einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung ein neues Wirtschaftssystem herausbilden wird, in dem es notwendig sein wird, mehr Frauen zur Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit zu bewegen, indem die Arbeitsorganisation angepasst und die Arbeitgeber in allen Branchen auf eine stärker diversifizierte Belegschaft vorbereitet werden,
1. betont, dass nur durch eine Steigerung der Teilhabe von Frauen am europäischen Arbeitsmarkt das Wachstums- und Beschäftigungspotenzial in dem neuen Wirtschaftssystem umfassend ausgeschöpft werden kann, da die Annäherung der Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen seit 1995 für die Hälfte des Anstiegs der allgemeinen Beschäftigungsquote und für ein Viertel des jährlichen Wirtschaftswachstums in Europa verantwortlich war;
 2. betont, dass Gleichstellungsfragen bei der Umstellung auf ein neues nachhaltiges

Wirtschaftssystem große Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, da Frauen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund prekärer Beschäftigungsbedingungen und eines andauernden geschlechtsbedingten Lohngefälles häufiger eine schwächere Stellung innehaben; erkennt an, dass Frauen, die erwerbstätig werden wollen, die Wahl hinsichtlich der Art der aufzunehmenden Tätigkeit haben müssen; fordert die Ausarbeitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten, die auf die Gleichstellung der Geschlechter abzielen und von Programmen zur Förderung der Selbstbestimmung und des Selbstbewusstseins von Frauen begleitet werden; weist darauf hin, dass dies durch einen Ausbau der Ausbildungsangebote für Mädchen und Frauen in normalerweise männlich dominierten Fächern erreicht werden kann;

3. ist der Ansicht, dass angesichts der Tatsache, dass die Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt eine der Hauptursachen für Ungleichheit ist, da der Wert der jeweiligen Tätigkeit und ihre Vergütung davon abhängt, ob es sich um einen männlich oder weiblich dominierten Beruf handelt, grüne Arbeitsplätze einen Mechanismus für eine bessere Vergütung der Arbeit von Frauen und für eine bessere soziale Absicherung für Arbeitnehmerinnen darstellen können und damit auch eine Möglichkeit, die Frage der Gleichstellung der Geschlechter und das Problem des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen anzugehen;
4. fordert eine Initiative auf EU-Ebene, um Arbeitgeber, insbesondere in traditionell männlich dominierten Sektoren, für die Notwendigkeit einer stärker diversifizierten Belegschaft und die damit in einer alternden Gesellschaft einhergehenden Vorteile zu sensibilisieren sowie ihnen Instrumente an die Hand zu geben, damit sie sich auf eine größere Vielfalt vorbereiten können;
5. unterstreicht, dass „grüne Arbeitsplätze“ das Potenzial haben, zu einem Hauptwachstumssegment auf dem künftigen europäischen Arbeitsmarkt zu werden, dass heute mehr als 20 Millionen Arbeitsplätze in der Europäischen Union als „grün“ eingestuft werden können und dass allein im Sektor für erneuerbare Energien eine Verdoppelung der Arbeitsplätze auf 2,8 Millionen bis zum Jahr 2020 möglich ist, wie neueste Studien zeigen; fordert den Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Frauen davon in gleicher Weise profitieren;
6. weist darauf hin, dass Investitionen in die soziale Infrastruktur eine Chance zur Modernisierung Europas und zur Förderung der Gleichstellung bieten und als eine parallele Strategie zur Modernisierung der materiellen Infrastruktur über Investitionen in grüne Technologien angesehen werden können; ist der Auffassung, dass die Gleichstellung der Geschlechter deshalb eine politische Priorität und ein wesentliches Instrument sein sollte;
7. betont, dass angesichts der Tatsache, dass nur 30 % aller Unternehmer Frauen sind und nur wenige Frauen einer selbstständigen Tätigkeit nachgehen, die Hindernisse beseitigt werden sollten, die Frauen gegenwärtig davon abhalten, Unternehmerinnen zu werden, da Unternehmer in einer nachhaltigen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung für Produktivität und Wachstum sind;
8. fordert die Mitgliedstaaten auf, effektive und insbesondere legislative Maßnahmen zu ergreifen, mit denen eine ausgewogene Präsenz von Frauen und Männern in

Entscheidungspositionen in Unternehmen und politischen Gremien gefördert wird; begrüßt den Beschluss der norwegischen Regierung, eine Mindestquote von 40 % für jedes Geschlecht in den Aufsichtsräten von privaten und staatlichen Unternehmen vorzuschreiben;

9. betont, dass zielgerichtete Maßnahmen, die den Zugang von Frauen zu Bildungsangeboten auf allen Ebenen gewährleisten, indem sie sexistische Stereotype bekämpfen, und die lebenslanges Lernen ermöglichen, von wesentlicher Bedeutung sind, um die Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen; fordert geeignete Ausbildungsangebote, um eine Unterrepräsentanz von Frauen auf grünen Arbeitsplätzen zu vermeiden, da zu bedenken ist, dass Europas Wachstum und Nachhaltigkeit beeinträchtigt wird, wenn sich die große Mehrheit der Frauen von Wissenschaft und Technologie fernhält, und dass dadurch außerdem vielen begabten und qualifizierten jungen Frauen Beschäftigungssicherheit und wirtschaftliche Sicherheit weitgehend verwehrt bleiben;
10. fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zur Schaffung gleicher Beschäftigungschancen zu ergreifen und familienfreundliche Arbeitsformen einzuführen, da dies eine Bedingung für nachhaltiges Wachstum sowohl im wirtschaftlichen als auch im ökologischen Sinne ist;
11. fordert eine eigene Initiative auf EU-Ebene, um Mädchen für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technologie) zu begeistern und die Stereotype zu bekämpfen, die diese Berufe immer noch prägen; betont, dass den Medien und dem Bildungssystem eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung solcher Stereotype zukommt;
12. hebt hervor, dass mit dem Ziel, eine ausgewogene Beteiligung beider Geschlechter an beruflicher Weiterbildung und lebenslangem Lernen sicherzustellen, größere Anstrengungen unternommen werden sollen, um Männer und Frauen die Wahrnehmung ihrer familiären Aufgaben und ihrer Betreuungsverpflichtungen zu ermöglichen; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, für hochwertige flexible Kinderbetreuungsangebote zu einem erschwinglichen Preis zu sorgen;
13. betont, dass junge Frauen im Übergangszeitraum zwischen Schule und Arbeitsleben an Ausbildungsberufe herangeführt werden sollten, in denen sie unterrepräsentiert sind, und dies durch eine gemeinsame Planung von Schulen, Hochschulen, Ausbildungseinrichtungen und/oder Unternehmen gefördert werden sollte, damit sie durch Arbeitserfahrung und durch die Ausübung einer Tätigkeit im Rahmen eines regulären, und nicht prekären, Arbeitsverhältnisses konkrete Qualifikationen und Fähigkeiten, auch auf fortgeschrittenem und spezialisiertem Niveau, mit der Aussicht auf Selbstverwirklichung erwerben;
14. fordert die Union und die Mitgliedstaaten auf, angesichts der Tatsache, dass der Europäische Sozialfonds (ESF) Fortbildungsmaßnahmen in Bereichen wie erneuerbare Energien oder sanfter Tourismus finanziert, „grünen“ Arbeitsplätzen für Frauen im Rahmen der Programme des ESF größere Bedeutung beizumessen; betont, dass größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um mehr Frauen an ESF-geförderten Projekten zu beteiligen, da sich ihr Anteil gegenwärtig auf weniger als 10 % beläuft;

fordert die Einführung von auf der Berücksichtigung geschlechterspezifischer Anliegen beruhenden Haushaltsansätzen („Gender Budgeting“) im ESF sowie in den Konjunktur- und Strukturanpassungsprogrammen, um sicherzustellen, dass diese Programme Frauen in gleichem Maße ansprechen und einbeziehen;

15. betont, dass die institutionellen Anstrengungen zugunsten der Schaffung von Arbeitsplätzen in einer neuen nachhaltigen Wirtschaft auch auf die Verbesserung der beruflichen Qualifikationen der bedürftigsten Arbeitnehmer, die ebenfalls eine dynamische Kraft auf dem Arbeitsmarkt darstellen, abzielen sollten;
16. fordert die Kommission auf, den bedürftigsten Bürgern, insbesondere Frauen, die in ihrem Alltag schlimmste Armut erleben und deren Einbeziehung in den Arbeitsmarkt spezifischer flankierender Maßnahmen bedarf, besonderes Augenmerk zu widmen;
17. fordert die europäischen und nationalen Institutionen sowie die Unternehmen und die Sozialpartner auf, der Integration von Frauen, die marginalisierten Minderheiten wie z. B. den Roma angehören, besondere Aufmerksamkeit zu widmen;
18. fordert die europäischen und nationalen Institutionen auf, Fragen zur neuen nachhaltigen Wirtschaft in Form von themenbezogenen Europäischen Jahren, wie dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010), dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit (2011) und dem vorgeschlagenen Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der generationenübergreifenden Solidarität (2012), zu thematisieren, um die Auswirkungen einer Verstärkung der verschiedenen sektorbezogenen Maßnahmen herauszustellen;
19. hebt die Notwendigkeit hervor, die Zugehörigkeit von Frauen zu den Gewerkschaften in nicht traditionellen Beschäftigungsbereichen auszubauen, da die Wahrung der Frauenrechte, zu denen das Recht auf gleiches Entgelt, Mutterschaftsurlaub, gerechte Arbeitszeiten und ein Arbeitsumfeld, das frei von Diskriminierung ist, gehören, für die soziale Nachhaltigkeit von Arbeitsplätzen in einer neuen Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist;
20. fordert die Mitgliedstaaten auf, öffentliche und private Unternehmen dazu zu verpflichten, Pläne zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter sowie ein System zur Berichterstattung über die erzielten Erfolge zu entwickeln.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	23.6.2010
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 30 - : 1 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Edit Bauer, Emine Bozkurt, Andrea Češková, Marije Cornelissen, Silvia Costa, Edite Estrela, Ilda Figueiredo, Iratxe García Pérez, Jolanta Emilia Hibner, Mary Honeyball, Sophia in 't Veld, Lívia Járóka, Teresa Jiménez-Becerril Barrio, Philippe Juvin, Nicole Kiil-Nielsen, Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, Barbara Matera, Antonia Parvanova, Frédérique Ries, Raúl Romeva i Rueda, Joanna Katarzyna Skrzydlewska, Eva-Britt Svensson, Marc Tarabella, Britta Thomsen, Anna Záborská
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Christa Kläß, Elisabeth Morin-Chartier, Mariya Nedelcheva, Chrysoula Paliadeli
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Julie Girling, Gesine Meissner